

# STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER  
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!  
FREI UND UNENTGELTICH  
INSPIRIEREND  
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...  
www.kla.tv  
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



## HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,  
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!  
WELTGESCHEHEN UNTER  
DER VOLKSLUPE  
S&G

~ AUSGABE 16/2021 ~  
CH-ABSTIMMUNGEN VOM 13. JUNI



### DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

#### INTRO

Am 13. Juni 2021 kann das Schweizer Stimmvolk über fünf Vorlagen befinden. Es gab und gibt Stimmen, die der Meinung sind, dass mit Abstimmungen und Wahlen keine nennenswerten Veränderungen bewirkt werden können. Und doch kann man das Abstimmen nicht einfach denjenigen überlassen, die politisch korrekt, sprich die so abstimmen werden wie es die Regierung und die Mehrheit des Parlamentes gerne hätten. Denn am 13. Juni geht es um nichts weniger, als um die Freiheit des Schweizer Volkes. Vor allem die drei Referenden über das Covid-19-, das sogenannte Terror- und das CO<sub>2</sub>-Gesetz werden bei einer Annahme die Selbstbestimmung der Schweizer massiv einschränken. Beispiel: Bezüglich dem digitalen Contact-Tracing versprochen die Politiker, es werde freiwillig bleiben. Doch seit der Frühjahrs-session des Parlamentes ist im Covid-19-Gesetz festgehalten, dass der Bund ein „umfassendes, wirksames und digitales Contact-Tracing“ umzusetzen habe. Da stellt sich die Frage wie eine Maßnahme gleichzeitig umfassend und freiwillig sein kann?

Erfahren Sie in dieser Ausgabe, welche weiteren Grundrechte für die Schweizer auf dem Spiel stehen.

Die Redaktion (brm.)

#### Covid-19-Gesetz enthält Ausgrenzung von Ungeimpften

rs. Ab März 2020 regierte der Bundesrat mit befristeten Notverordnungen. Nach deren Ablauf wurde das Notrechtsregime mit dem dringlichen Covid-19-Gesetz von der Mehrheit des Parlamentes verlängert. Wie gefährlich das Covid-19-Gesetz ist, zeigen die Verschärfungen vom März 2021 in der Frühjahrs-session des Schweizer Parlamentes. Seit dem 19.3.2021 lautet Art. 3a des Gesetzes: „Personen, die mit einem Covid-19-Impfstoff geimpft sind (...) wird keine Quarantäne auferlegt.“ Damit werden denjenigen Menschen Freiheiten entzogen, die sich nicht impfen lassen wol-

len oder können. Das ist eine Verletzung der Grundrechte, wie sie in Artikel 8 und Artikel 10 der Schweizer Bundesverfassung festgehalten sind. Das Parlament setzte gleich noch einen drauf und gab im Art. 6a den „Impf-, Test- und Genesungsnachweis“ rechtskräftig in Auftrag. Wird es künftig den Zutritt zum Kino, Theater und zur Schule nur noch mit gültigem Covid-Impfnachweis geben? Mit diesen beiden Artikeln im Covid-19-Gesetz wird der Ausgrenzung und Diskriminierung von Ungeimpften Tür und Tor geöffnet! **NEIN zum Covid-19-Gesetz am 13. Juni 2021!** [1]

#### Finanzhilfen in eigenem Gesetz regeln

mb. Am 12.4.2021 hielten der Bundespräsident Guy Parmelin und Gesundheitsminister Alain Berset eine Pressekonferenz zur Volksabstimmung über das Covid-19-Gesetz ab. Dabei strichen sie heraus, dass dieses Covid-19-Gesetz die Basis für das milliardenschwere wirtschaftliche Hilfsprogramm des Staates bilde. Für den Fall eines Neins in der Abstimmung zeichneten sie ein Horrarszenario, da die Unternehmen dann ohne Hilfe dastünden. Eine verschärfte Wirtschaftskrise mit steigenden Sozialhilfefällen sei die Folge, so der Bundesrat.

Brisant dabei ist, dass eine Minderheit im Parlament von Anfang an gefordert hatte, die Finanzhilfen vom Covid-19-Gesetz abzutrennen. Darum unterstützt das Regionalkomitee Urschweiz die Motion von Nationalrat Pirmin Schwander und weiterer 20 Parlamentarier, die eine Überführung der Entschädigungen im Covid-19-Gesetz in ein separates Covid-19-Finanzhilfegesetz fordert. Mit einer Ablehnung des Covid-19-Gesetzes würde der Weg frei gemacht für diese Lösung und könnte bereits in der Sommer-session umgesetzt werden! [2]

„Die Finanzhilfen wurden vom Bundesrat deshalb in ein Paket (Covid-19-Gesetz) zusammengeschnürt, damit das gesamte Gesetz mit den Notrechtsermächtigungen nicht so leicht abgelehnt werden kann, ist also eine politische Erpressung.“

Regionalkomitee Urschweiz

#### Terrorgesetz: Das Ende der Unschuldsvermutung!

mb. Die Abstimmung zum Bundesgesetz über polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT), auch Terrorgesetz genannt, birgt ebenfalls

die große Gefahr eines massiven Freiheitsverlustes in sich. Die Gegner des Gesetzes sprechen von einem Willkürparagrafen. Dies begründet das Komitee

#### Mit Millionen „gekaufte“ Berichterstattung!

rb. Der Verleger und Präsident des Verbands Schweizer Online-Medien (VSOM), Bruno Hug schreibt zu den Mediensubventionen: „Am 20.5.2020 gab der Bundesrat bekannt, die Coronavirus-Pandemie treffe ‚die Medien hart‘. Deren Werbeeinnahmen seien ‚drastisch gesunken‘. Aufgrund ‚der besonderen Bedeutung der Medien‘ würden diese daher vom Staat bis Ende November 2020 mit 57.5 Mio. Franken subventioniert.

Am 11.11.2020 beschloss der Bundesrat zugunsten der gut situierten Medienhäuser erneut in die Taschen der *tatsächlich* unter Corona leidenden Bevölkerung zu greifen. Er verlängert die Medienfinanzierung – selbst für börsenkotierte Verlage – bis Mitte 2021 und setzt dafür nochmals 20 Mio. ein. Insgesamt erhalten die Schweizer Medien somit 77.5 Mio. Corona-Unterstützung. [...] Dazu kommen weitere 50 Mio. Posttaxen-Ermäßigung, sowie aus dem SRG-Topf 81 Mio. Franken für die privaten Radio- und TV-Stationen. Total ergibt das eine Summe von über 200 Millionen Franken in einem Jahr!“ Da liegt wohl der Hund begraben, weshalb die Massenmedien dermaßen bundesratsgetreu über Corona berichten.

Diese Mediensubventionen sind im Covid-19-Gesetz enthalten und daher ein gewichtiger Grund, das Gesetz abzulehnen! [3]

„NEIN Zum Willkür-Paragraph“ mit folgenden Argumenten: • Die neue Terrorismusdefinition soll mit dem Gesetz stark ausgeweitet

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] [www.corona-transition.org/spip.php?recherche=Versch%C3%A4rfungen+im+Covid-19-Gesetz](http://www.corona-transition.org/spip.php?recherche=Versch%C3%A4rfungen+im+Covid-19-Gesetz) | [www.covid-19-gesetz-referendum.ch/argumente](http://www.covid-19-gesetz-referendum.ch/argumente) | [www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2020/711/de](http://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2020/711/de) [2] [www.covid-19-gesetz-referendum.ch/argumente](http://www.covid-19-gesetz-referendum.ch/argumente) | [www.dieostschweiz.ch/artikel/die-angstpropaganda-des-bundesrats-verfaengt-nicht-zawjDy](http://www.dieostschweiz.ch/artikel/die-angstpropaganda-des-bundesrats-verfaengt-nicht-zawjDy) [3] [www.linth24.ch/articles/38894-gewaltiger-geldsegen-fuer-die-medien](http://www.linth24.ch/articles/38894-gewaltiger-geldsegen-fuer-die-medien) | [www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/medien/medienmitteilungen.msg-id-81064.html](http://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/medien/medienmitteilungen.msg-id-81064.html) | [www.vsom.ch/news/](http://www.vsom.ch/news/)

**Virenwarnung!** Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!  
**Sie haben eine wichtige Info?** Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!  
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an [SuG@infopool.info](mailto:SuG@infopool.info)

Fortsetzung von Seite 1

tet werden. Neben Islamisten könnten auch unliebsame Politiker, Journalisten, Staatskritiker, Klimaaktivisten und sogar Kinder ab 12 Jahren als Terroristen gelten. Über Kinder ab 15 Jahren könnte gar ein Hausarrest verhängt werden! • Um eine terroristische Aktivität zu begehen, müsste man neu weder eine strafbare Handlung planen noch ausführen. Die Einschätzung, je-

mand verbreite – so steht es wortwörtlich im Gesetz – „Furcht und Schrecken“, reicht bereits aus. • Weiter müsste eine verdächtige Person in Zukunft den unmöglichen Beweis erbringen, dass sie in Zukunft keine Straftat begehen wird. Damit würde neu eine Gefährlichkeitsvermutung, statt die Unschuldvermutung gelten! Deshalb **NEIN zum Terrorgesetz am 13. Juni!** [4]

**Pestizidfrei-Initiative: Gesellschaftsprojekt für alle!**

**msb.** Die Volksinitiative „Für eine Schweiz ohne synthetische\* Pestizide“ sieht vor, den Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft zu verbieten. Die Bauernorganisation „Uniterre“ hat dazu Stimmfreigabe beschlossen und schreibt, dass der Wunsch, auf synthetische Pestizide zu verzichten, lobenswert sei. Die Gesellschaft müsse zu einer Landwirtschaft

tendieren, die auch in Zukunft lebendige, kultivierbare Böden bewirtschaften könne und so unsere Ernährung sicherstelle. Sollte die Initiative angenommen werden, handle es sich um ein Gesellschaftsprojekt, das alle angehe. Man könne vom Bauernstand nicht verlangen, dass er diesen Schritt alleine machen würde. Dafür nötig sei ein radikaler Paradigmenwechsel und eine echte Partnerschaft zwischen Konsu-

**Trinkwasserinitiative: Keine wirkliche Problemlösung?!**

**rs/db.** Die Volksinitiative „Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung“ hat zum Ziel, die Umwelt und das Trinkwasser besser zu schützen. Sie fordert, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Subventionen vom Staat erhalten, die pestizidfrei produzieren, in der Tierhaltung Antibiotika we-

der vorbeugend noch regelmäßig einsetzen und ihre Tiere ausschließlich mit Futter ernähren, das sie selber produzieren. Die Bauernorganisation Uniterre steht der Initiative kritisch gegenüber. Sie verfolge zwar das gleiche lobenswerte Ziel wie die „Pestizidfrei-Initiative“, setze aber wo-

**CO<sub>2</sub>-Gesetz: Angriff auf Wahlfreiheit**

**rs.** Am 13. Juni findet in der Schweiz auch die Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz statt. Die Berner Großrätin Sandra Schneider schreibt in der aktuellsten BernAktuell – Zeitung, dass das Gesetz massive Preiserhöhungen auf Treibstoffe und Heizöl vorsehe. Davon betroffen seien nicht nur Automobilisten oder Besitzer von Ölheizungen, sondern alle: Denn die Mehrkosten auf Diesel würden sich auf Nahrungsmittelpreise und Mietnebenkosten niederschlagen. Während der umweltpolitische Nutzen fraglich bleibe, sei bereits klar, dass höhere Steuern, Abgaben und Gebühren den Geldbeutel der Menschen leere und sie zunehmend in die Armut treiben würde. Das Bewusstsein nach einer nachhaltigen Umweltpolitik sei in der Be-

völkerung zwar stark verankert. Doch hierzu brauche es keine Steuererhöhungen, Sonderabgaben und gewiss auch keine aufgeblähte Bürokratie. Solche Maßnahmen würden vielmehr Innovation und private Initiativen hemmen. Auch würden KMU\*, Gewerbe und der Mittelstand unnötig belastet. Letztendlich stelle es eine Entmündigung des Volkes dar, indem die persönliche Wahlfreiheit eingeschränkt wird. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz sei missraten; aus ökonomischer Sicht teuer und ungerecht gegenüber allen Menschen, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind.

menten und Produzenten! [6]

\*Verbindung verschiedener chemischer Elemente

**NEIN zum CO<sub>2</sub>-Gesetz!** [5]

\*Kleine und mittlere Unternehmen

**Schlusspunkt •**

**In der Kla.TV-Grundsatz-erklärung gegen Spaltung vom August 2019 appellierte Ivo Sasek an alle freien Aufklärer und investigativen Journalisten:**

**„Keiner lasse sich von den anderen spalten, niemand lasse sich gegen seinesgleichen oder gegen andere verhetzen. Wir brauchen uns gegenseitig wie nie zuvor. Und gerade diese schwierige Zeit kann Geburtshilfe mündiger Liebe und wahrer Hochachtung zu allen aufrichtig Suchenden leisten – wenn wir es nur uneigennützig zulassen.“**

[www.kla.tv/14831](http://www.kla.tv/14831)

**Diesen Aufruf dürfen sich auch der Bauernstand, wie auch alle anderen gespaltenen Berufsgattungen zu Herzen nehmen!**

Die Redaktion (brm.)

**„Die Initiative fokussiert auf die Landwirtschaft und den Gartenbau. Die aktuell 64.8 t Industrie- und Haushaltschemikalien, 19.8 t künstlichen Süßstoffe oder 16.9 t Arzneimittel würden weiter jedes Jahr den Rhein hinunterfließen. Pflanzenschutzmittel machen dort lediglich 0.9 t aus.“**

Aus dem Argumentarium „Nein zu extremen Agrar-Initiativen 2021“

**Agrarinitiativen: Kontraproduktive 2xNEIN-Kampagne**

**mb.** Die Bauernorganisation Uniterre schreibt über die 2xNEIN-Kampagne zu den beiden Agrarinitiativen: „Wir bedauern, dass in der Kampagne einige Argumente vorgebracht werden, welche die Realität verzerren. [...] Deshalb finden wir es völlig kontraproduktiv, diese beiden Initiati-

ven in einen Topf zu werfen. Die beiden Initiativen hätten eine Gelegenheit sein können, eine echte DEBATTE über unser Nahrungsmittelsystem zu führen, das wir uns für die Zukunft wünschen. Sie hätte die Möglichkeit geboten, die edle Arbeit aufzuwerten, die unsere Bauern täglich leisten,

nämlich die Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrung! Stattdessen werden wir Zeitzeugen eines sinnlosen Krieges, der die bäuerliche Welt spaltet – und das bedauern wir zutiefst.

„Die Landwirtschaft spalten und herrschen!“, ein Diskurs, der sich scheinbar nie ändert... [8]

**Quellen:** [4] [www.willkuerparagraph.ch/#argumente](http://www.willkuerparagraph.ch/#argumente) | [www.youtube.com/watch?v=xWdW4F9o\\_b0](http://www.youtube.com/watch?v=xWdW4F9o_b0) [5] Zeitung BernAktuell, Nr. 233, April/Mai 2021 | [www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch/wieso-nein](http://www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch/wieso-nein) [6] <https://uniterre.ch/de/themen/pressemitteilung-stimmfreigabe-zur-initiative-fur-eine-schwe> | [www.lebenstattgift.ch/initiative/#argumente](http://www.lebenstattgift.ch/initiative/#argumente) [7] <https://initiative-sauberes-trinkwasser.ch/> | [www.uniterre.ch/de/themen/pressemitteilung-stimmfreigabe-zur-initiative-fur-eine-schwe7](http://www.uniterre.ch/de/themen/pressemitteilung-stimmfreigabe-zur-initiative-fur-eine-schwe7) [8] <https://uniterre.ch/de/themen/pressemitteilung-stimmfreigabe-zur-initiative-fur-eine-schwe> | [www.extreme-agrarinitiativen-nein.ch/](http://www.extreme-agrarinitiativen-nein.ch/)

**Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!**

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

**Impressum:** 24.4.21

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

**Verantwortlich für den Inhalt:**

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

**Redaktionsadresse:**

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

**Auch in den Sprachen:**

ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

**Abonnentenservice:** [www.s-und-g.info](http://www.s-und-g.info)

**Deutschland:** AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen



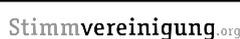
[www.anti-zensur.info](http://www.anti-zensur.info)



[www.kla.tv](http://www.kla.tv)



[www.panorama-film.ch](http://www.panorama-film.ch)



[www.stimmvereinigung.org](http://www.stimmvereinigung.org)



[www.agb-antigenozidbewegung.de](http://www.agb-antigenozidbewegung.de)



[www.sasek.tv](http://www.sasek.tv)